



Gemeinden mit Wald stehen vor Herausforderungen

Viele Schweizer Gemeinden besitzen Wald. Dessen Nutzung wird komplexer. Wie können Gemeinden, die kleine Waldflächen besitzen, die Waldbewirtschaftung meistern?

Rund ein Drittel der Schweizer Landesfläche ist von Wald bedeckt. Der Wald erbringt diverse Leistungen, welche im Interesse der Öffentlichkeit stehen. Er schützt Bevölkerung und Infrastruktur vor Lawinen, Steinschlag oder Hochwasser. Mit seinem Holz produziert der Wald eine erneuerbare Ressource. Viele Menschen nutzen den Wald als Erholungsraum oder für ihre Freizeitaktivitäten. Zudem ist er ein prägendes Element unserer Landschaft und bietet Lebensraum für unzählige Tier- und Pflanzenarten.

Waldnutzung ist für viele Gemeinden ein Verlustgeschäft

Rund 70 Prozent des Schweizer Waldes sind in Besitz von juristischen Personen. Auch politische Gemeinden besitzen Wald, wobei die Bandbreite des Besitzes von wenigen bis zu einigen Hundert Hektaren reicht.

Die Nutzung des Waldes wird immer komplexer. Die gesellschaftlichen Ansprüche an den Wald nehmen zu. Die Risiken für Waldschäden steigen aufgrund von Stürmen, Trockenheit, Schadstoffen, invasiven Pflanzenarten und anderen Faktoren. Gleichzeitig ist die ökonomische Bedeutung des Waldes für den grössten Teil der Gemeinden marginal. Der Wald spielt im Vermögensportfolio der Gemeinden eine entsprechend bescheidene Rolle. Seit rund drei Jahrzehnten sind die eigentliche Pflege des Waldes und die Ernte der Ressource Holz für einen Grossteil der Schweizer Waldbesitzenden defizitär. Zudem werden andere Leistungen des Waldes von den Nutzniessenden finanziell nur ungenügend entschädigt. Für einen sehr grossen Teil der Gemeinden ist die Nutzung des Waldes deshalb ein «Verlustgeschäft». Wobei die Gemeinden im Ge-

gensatz zu den meisten anderen juristischen Waldbesitzenden die Möglichkeit haben, aus Steuereinnahmen die Nutzung ihres Waldes «quer zu subventionieren».

Forschungsprojekt nimmt kleine Waldbesitzer genauer unter die Lupe

Im Rahmen eines Forschungsprojekts, welches der Fonds zur Förderung der Wald- und Holzforschung von Bund und Kantonen finanziert hat, wurde in fünf Kantonen die Gruppe jener juristischen Waldbesitzenden genauer untersucht, die weniger als 200 Hektaren Wald besitzen. Politische Gemeinden sind ein bedeutender Teil dieser Gruppe.

Jeder für sich statt gemeinsam

Trotz der chronisch defizitären Bewirtschaftung des Waldes und den kleinflächigen Eigentumsstrukturen bewirt-



schaftet nach wie vor ein bedeutender Teil der Gemeinden den Wald in Eigenregie, statt sich mit anderen Waldbesitzenden zu grossflächigen, leistungsfähigen Forstbetrieben zusammenzuschliessen. Die Befragung der diversen juristischen Waldbesitzenden hat gezeigt, dass sich deren Motive bei der Nutzung ihres Waldes deutlich unterscheiden. Bei den politischen Gemeinden haben soziale und gesellschaftliche Motive eine grosse Bedeutung. Der Wald einer Gemeinde soll das Gemeinwohl steigern, in dem dieser beispielsweise Raum für Freizeit und Erholung bietet, das Trinkwasser filtert oder vor Naturgefahren schützt. In den persönlichen Gesprächen haben insbesondere Verantwortliche urbaner Gemeinden darauf hingewiesen, dass der nahe gelegene Wald – ob in Besitz der Gemeinde oder Dritter – ein wichtiger Standortfaktor darstellt. Bei anderen öf-

fentlich-rechtlichen Körperschaften wie Korporationen oder Bürgergemeinden kommt identitätsstiftenden oder moralischen sowie wirtschaftlichen Motiven eine viel grössere Relevanz zu. Mit der Nutzung des Waldes wird bei diesen Real- oder Personalkörperschaften oftmals eine Tradition weitergeführt. Der Wald rechtfertigt einen gewissen Status der Körperschaft und ist ein Element zur Stärkung der Gemeinschaft (vgl. Darstellung).

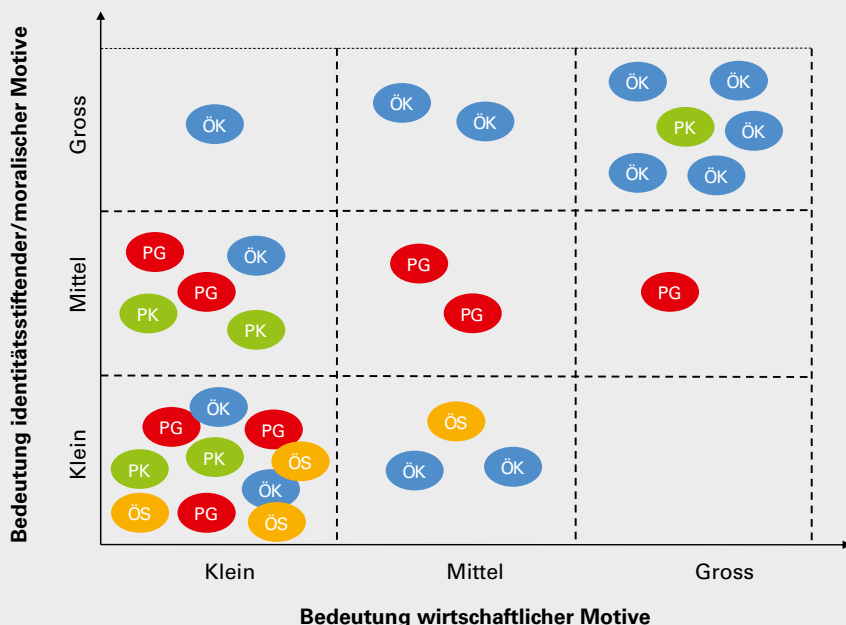
Strategische Verantwortung klären

Insbesondere politische Gemeinden stehen als Waldeigentümerinnen vor zwei Herausforderungen: Erstens tragen sie eine «unternehmerische» Verantwortung. Zweitens liegt es in ihrem Interesse als Gemeinwesen, dass die an den Wald gestellten gesellschaftlichen Interessen erfüllt werden können. Vor diesem

Der Wald erfüllt vielfältige Funktionen: Er schützt Bevölkerung und Infrastruktur vor Lawinen, Steinschlag oder Hochwasser, produziert die erneuerbare Ressource Holz und dient vielen Menschen als Erholungsraum oder für ihre Freizeitaktivitäten. Zudem bietet er Lebensraum für Tiere und Pflanzen. Die Waldbewirtschaftung stellt aber vor allem kleinere Gemeinden vor Herausforderungen.

Bild: pd

Gegenüberstellung der Bedeutung wirtschaftlicher und identitätsstiftender/moralischer Motive von juristischen Kleinwaldbesitzenden



- PG politische Gemeinde
- ÖK öffentlich-rechtliche Körperschaft ohne Steuerhoheit
- PK privat-rechtliche Körperschaft
- ÖS öffentlich-rechtliche Stiftung

Ein Forschungsprojekt, das vom Fonds zur Förderung der Wald- und Holzforschung von Bund und Kantonen finanziert wurde, zeigt die unterschiedliche Bedeutung, die dem Wald beigemessen wird. Grafik: Interface

Hintergrund überraschte die Erkenntnis aus unserem Forschungsprojekt, dass ein grosser Teil der befragten Gemeinden über kein Dokument verfügt, welches strategische Grundsätze zur mittel- bis langfristigen Nutzung ihres Waldes festhält. Gerade weil sich Gemeinden mit eigenem Wald in einem Spannungsfeld zwischen unternehmerischen und politisch-gesellschaftlichen Ansprüchen bewegen, empfehlen wir den Gemeinden, dass sie in einem kurzen Strategiepapier Ziele und Massnahmen zur Nutzung ihres Waldes festhalten.

Forstfachpersonen wie die Revierförsterin oder allenfalls der Betriebsleiter des Forstbetriebs spielen eine zentrale Rolle bei der Beratung von Gemeindebehörden. Aus unserer Untersuchung ziehen wir den Schluss, dass sich die Gemeinden kritisch mit der Rolle der sie beratenden Forstfachperson auseinandersetzen sollten. Sind sie als Eigentümerin des Waldes ausreichend über die Nutzung ihres Waldes informiert? Sind die Informationsunterschiede, die dem Verhältnis zwischen der Gemeinde als Auftraggeberin und der beratenden Forstfachperson als Auftragnehmerin innewohnen, nicht zu gross? Sind die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortungen zwischen Gemeinde und beratender Forstfachperson eindeu-

tig geklärt? Damit eine Gemeinde ihre strategische Verantwortung als Eigentümerin ihres Waldes voll wahrnehmen kann, sind diese Fragen zum Verhältnis gegenüber der beratenden Forstfachperson zu beantworten.

Das Dossier Wald wird unterschätzt

Die Konsequenz aus den vorangegangenen Ausführungen ist, dass in den für den Wald zuständigen Gremien einer Gemeinde in erster Linie betriebswirtschaftliches und zu einem gewissen Grad auch forstfachliches Wissen vorhanden sein muss. Aus der Perspektive des Waldes wenig vorteilhaft ist die Situation, dass das Dossier Wald für Politikerinnen und Politiker wenig «attraktiv» ist (geringe «ökonomische» Bedeutung, ständige Defizite, vager Kreis von Nutzniessenden usw.). Folglich haben häufig die neuen Behördenmitglieder das Dossier Wald zu übernehmen und geben dieses oft bei nächster Gelegenheit wieder ab. Da die Zeiträume im Zusammenhang mit der Nutzung des Waldes lang sind, ist es von Vorteil, wenn die zuständigen Personen in der Exekutive mehr als eine Amtsperiode für das Dossier Wald verantwortlich sind. Damit die Waldpflege, die Ernte von Holz aber auch das Erbringen anderer

Leistungen rentiert, bedarf es leistungsfähiger Strukturen zur Bewirtschaftung des Waldes. Alle Gemeinden, auch jene mit einigen Hundert Hektaren Wald, sollten deshalb ihre betrieblichen Rahmenbedingungen überprüfen. Soll der Wald einer Gemeinde weiterhin mit einem eigenen Forstbetrieb bewirtschaftet werden, ist unter den heutigen Voraussetzungen ein Zusammenschluss mit anderen Waldbesitzenden zu einem Forstbetrieb mit wenigen Tausend Hektaren Wald notwendig.

*David Walker, Vera Hertig
INTERFACE Politikstudien Forschung
Beratung*